

[https://www.epochtimes.de/wirtschaft/naechste-etappe-der-deindustrialisierung-stahlproduktion-in-deutschland-bricht-ein-a4353579.html?utm\\_source=nl-morning-expired&src\\_src=nl-morning-expired&utm\\_campaign=nl-morning\\_2023-07-28&src\\_cmp=nl-morning\\_2023-07-28&utm\\_medium=email&est=Xs7EPwUUBZsiVFZoXKxQk0uB473k8nG8V7%2FukK31agXFMtSCf2FBjWzqycToNDTNow%3D%3D&utm\\_term=newstop&utm\\_content=1](https://www.epochtimes.de/wirtschaft/naechste-etappe-der-deindustrialisierung-stahlproduktion-in-deutschland-bricht-ein-a4353579.html?utm_source=nl-morning-expired&src_src=nl-morning-expired&utm_campaign=nl-morning_2023-07-28&src_cmp=nl-morning_2023-07-28&utm_medium=email&est=Xs7EPwUUBZsiVFZoXKxQk0uB473k8nG8V7%2FukK31agXFMtSCf2FBjWzqycToNDTNow%3D%3D&utm_term=newstop&utm_content=1) 27.7.2023

<https://tinyurl.com/4rc7wubw>

Nächste Etappe der Deindustrialisierung: Stahlproduktion in Deutschland bricht ein

Nach langem Warten hat die EU-Kommission die staatlichen Beihilfen für grünen Stahl bei thyssenkrupp genehmigt. Die Stahlproduktion in Deutschland bleibt dennoch im Sinkflug. Noch im Juni hatten 12.000 Stahlarbeiter Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck in Duisburg ausgebuht. In der Vorwoche konnte dieser jedoch eine Erfolgsmeldung verkünden: Die EU-Kommission gab grünes Licht für eine Zwei-Milliarden-Subvention für thyssenkrupp. Damit soll der Umbau zur Produktion von „grünem Stahl“ finanziert werden. Ob dies für die Stahlproduktion in Deutschland insgesamt zum Gamechanger wird, ist ungewiss: Diese befindet sich im freien Fall.

Energieintensive Produktion findet immer weniger statt

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl hat jüngst [ihre Halbjahresbilanz vorgelegt](#). Diese zeigt bezüglich der Produktion von Rohstahl für die ersten sechs Monate ein Minus von 5,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Allein im Juni summierte sich der Rückgang im Jahresvergleich auf 8,4 Prozent.

Besonders stark ist der Rückgang bei der Produktion von Elektro Stahl. Das Minus beläuft sich dabei im Jahresvergleich auf 13 und im Junivergleich

sogar auf 20 Prozent. Dabei ist diese Produktionsweise vergleichsweise emissionsarm. Für die Stahlindustrie wird sie jedoch immer unrentabler, weil sie energieintensiv ist.

Die Strompreise betragen in Ländern wie Australien, Japan, den USA, China oder Saudi-Arabien ein Bruchteil des deutschen Preises. Dazu kommt die Flaute in der Bauwirtschaft, die sich ebenfalls auf die Stahlproduktion auswirkt. Wie die „Welt“ [berichtet](#), liegt auch der Geschäftsklimaindex um fast 16 Prozent unter dem Vorjahreswert.

..... Vielmehr gingen fast zwei Drittel des Nettorückgangs 2022 auf energieintensive Industrien zurück. Diese hätten unter dem Eindruck der Energiepreise ihre Produktion heruntergefahren, gestoppt oder ins Ausland verlagert. ....

Dazu kommen die Zinswende sowie insbesondere auch in Deutschland der Fachkräftemangel und die hohen Materialkosten. Die Bundesregierung kann nach wie vor ihr Versprechen nicht erfüllen, den [Bau von 400.000 Wohnungen](#) jährlich zu gewährleisten. Privatpersonen hingegen halten sich mit Ambitionen zum Bau eines Eigenheims ebenfalls zurück. Immerhin bleibt in Anbetracht von Debatten wie jener um das Heizungsgesetz offen, was in der Zukunft noch an Kosten dazukommen kann.

Wirtschaftsvereinigung Stahl fordert „beherztes politisches Handeln“

Kerstin Maria Rippel, Hauptgeschäftsführerin der Wirtschaftsvereinigung Stahl, fordert „jetzt beherztes politisches Handeln“. Konkret meint sie damit den auch schon mehrfach von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck geforderten „Industriestrompreis“. Dieser solle deutschen Unternehmen der Stahlproduktion helfen, im internationalen Wettbewerb zu bestehen. ....

Ökonomen raten von subventioniertem Strompreis ab

Das Bundesfinanzministerium sperrt sich jedoch gegen den sogenannten Industriestrompreis. Dessen wissenschaftlicher Beirat rät von einer

solchen Maßnahme ab. Die Subventionierung von Energie schaffe die Gefahr, dass „notwendige strukturelle Anpassungsprozesse unterbleiben“.

Außerdem ändere die Subventionierung nichts am Grundproblem zu hoher Energiekosten. Bundesfinanzminister Christian Lindner zeigte sich allenfalls über eine Senkung von Steuern auf Strom und Energie gesprächsbereit. ....

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/exportabsicherungen-klimaziele-bundeswirtschaftsministerium-100.html> 24.7.2023

Hermesdeckungen: Bund richtet Exportabsicherung am Klimaschutz aus

Mit neuen Leitlinien für ihre Exportkreditabsicherungen will die Bundesregierung den Export grüner Technologien fördern. Klimaschädliche Technologien sollen hingegen nicht mehr abgesichert werden.

Um die staatliche Exportförderung stärker am Klimaschutz auszurichten, plant das grün-geführte Bundeswirtschaftsministerium, die Exportkreditabsicherungen über die Euler Hermes AG, auch Hermesdeckungen genannt, umzugestalten. Innerhalb der Bundesregierung seien die Pläne bereits abgestimmt, nun sollten bis Ende August Meinungen von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften eingeholt werden, teilte das Ministerium mit.

Im Jahr 2022 hatte der Bund mit Exportkreditgarantien - den sogenannten Hermesdeckungen - Lieferungen und Leistungen in Höhe von 14,9 Milliarden Euro gegen Risiken abgesichert.

Keine Absicherung klimaschädlicher Exporte

Exporte klimaschädlicher Technologien sollen nicht mehr gefördert werden. Dazu gehören etwa Kohle- oder Ölförderprojekte. Gasprojekte sollen nur dann abgesichert werden, wenn dies der nationalen Sicherheit oder der Versorgungssicherheit in Krisensituationen diene. Eine Ausnahmeregel soll es aber bis Ende 2025 bei Projekten zur Erschließung neuer Gasvorkommen geben.

Für grüne Technologien sollen sich die Finanzierungsbedingungen verbessern. Ziel sei es, dass das Volumen der Exportkreditabsicherungen insgesamt in Richtung grüner Technologien umgelenkt wird. Die neuen Leitlinien betreffen die Sektoren Energie, Industrie und Transport. Sie sollen im vierten Quartal 2023 verbindlich werden.

Der Bund trägt das Exportrisiko

Mit Hermesdeckungen können deutsche Unternehmen ihre Exportgeschäfte gegen politische wie wirtschaftliche Risiken absichern. Durch die Übernahme einer Exportkreditgarantie durch den Bund wird das Risiko eines Zahlungsausfalls zu einem großen Teil auf die Bundesrepublik übertragen. Hierfür zahlen die Unternehmen eine Prämie gemäß des abzusichernden Risikos. Im Falle eines Schadens entschädigt sie der Bund in Höhe der gedeckten Forderung. ....

<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/chemiekonzern-basf-will-nach-gewinneinbruch-milliarden-sparen/29284178.html>

28.7.2023

Düsseldorf Der Chemiekonzern [BASF](#) treibt nach dem deutlichen Umsatz- und Ergebnismrückgang im zweiten Quartal seine Sparbemühungen voran. Mit dem zu Jahresbeginn angekündigten Programm will das Unternehmen bis Ende 2023 bereits jährliche Einsparungen von mehr als 300 Millionen Euro erzielen.

„Zusammen mit den bereits laufenden Initiativen in unseren weltweiten Serviceeinheiten werden wir die Fixkosten bis Ende 2026 senken, sodass sie ab dann Jahr für Jahr rund eine Milliarde Euro weniger betragen werden“, sagte Finanzchef Dirk Elvermann am Freitag.

Durch strukturelle Anpassung am Stammsitz Ludwigshafen sollen bis 2026 mehr als 200 Millionen Euro jährlich gespart werden. Dort schließt [BASF](#) mehrere energieintensive Anlagen. Weltweit sollen gut 2600 Stellen wegfallen. [BASF](#) will auch Investitionen verschieben, die Kosten für

Sachinvestitionen senken und überflüssige Ausgaben, etwa für Reisen, wo es geht minimieren.

BASF: Umsatz und Gewinn sinken im Quartal deutlich

Die BASF-Aktie gab am Freitagmorgen zunächst nach, lag am Mittag aber mit einem Plus von 2,5 Prozent an der Spitze des Dax. Analyst Markus Mayer von der [Baader Bank](#) erklärt das vor allem mit der Bestätigung der Ausschüttungspolitik, an der Anleger zuletzt gezweifelt hätten: „BASF hat bestätigt, eine Dividende zu zahlen und nicht zu kappen, selbst wenn sich der Chemiemarkt nicht schnell verbessern würde“, sagt Mayer. ....